



Kommentar

Hannes Androsch



HANNES ANDROSCH
markt@vn.at

Dr. Hannes Androsch ist Finanzminister i. R. und Unternehmer.

Gefahr der Energiearmut

Der uns nur noch aus Märchen bekannte und wegen Hunger und Tod gefürchtete apokalyptische Reiter ist wieder unterwegs. Doch was früher das Brot war, ist heute die Energie, also Strom, Heizung und Treibstoff. Deren Preisexplosion, durch die inzwischen konsumschwachen Haushalten Energiearmut droht, ist Hauptgrund für die massiv auf über 5 Prozent gestiegene Inflation. Und noch deutlicher haben die Lebenshaltungskosten zugenommen. Üblicherweise entsteht Inflation, wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt, weil die Geldmenge zu groß ist. Eine solche Situation müssen die Notenbanken mit Verringerung der Geldmenge und Erhöhung der Zinsen bekämpfen, um die Überhitzung der Wirtschaft einzudämmen. Die gegenwärtige Inflation hat jedoch andere Gründe. Sie wird durch Lieferketten- und Transportbehinderungen, Arbeitskräftemangel, Rohstoffengpässe und geopolitische Krisen verursacht. Aus Angst wird zu viel gespart und zu wenig investiert.

Anschub erhält diese bedrohliche Entwicklung zudem durch unüberlegte klimapolitische Maßnahmen, durch die bewährte Energietechnologien aufgegeben werden, ohne dass zuvor sichere neue geschaffen wurden. Dies führt zur Energiepreisexplosion ohne Energiewende. Für eine solche bedarf es nämlich gewaltiger Investitionen in erneuerbare Energien wie auch in notwendige Ausgleichstechnologien (da Sonne und Wind nicht gleichmäßig Strom liefern), und in den

Ausbau der Netzwerke. All dies benötigt Zeit und die Beseitigung zahlreicher Behinderungen. Doch nichts davon ist gegeben. Folge: Greenflation und geopolitische Abhängigkeit, v.a. von russischem Erdgas. Auch selbst wenn sich die Inflation im Laufe des Jahres zurückbilden wird, dürfte sie wegen der Greenflation deutlich höher bleiben als in den Jahren vor der Pandemie. Der Ukraineschock wird dies zusätzlich verstärken.

Statt einer ideologisch-/propagandageleiteten Klima- und Energiepolitik braucht es eine, die technologieoffen ist und Brückentechnologie nutzt, um das klimapolitische Ziel zu erreichen, und drohende Blackouts, Energienot und Greenflation zu vermeiden. Angesichts dieser Situation sind die Wirtschafts- und Finanzpolitik und die Notenbanken in einem Dilemma, weil die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie noch nicht überwunden. Notwendig sind Investitionen zur Kapazitäts- bzw. Angebotssteigerung, aber auch gezielter sozialer Ausgleich und nicht Gießkannenprinzip für die einkommensschwächsten Haushalte. Nicht zuletzt muss endlich die Kalte Progression, also die heimliche Steuererhöhung, die durch die Inflation noch verstärkt wird, beseitigt werden.

Es braucht eine realistische Klima- und Energiepolitik, Investitionen zur Unterstützung bzw. Gestaltung des Strukturwandels und eine Geldpolitik mit Augenmaß. Utopische Ankündigungen, verbunden mit müder Tatenlosigkeit, führen sicher nicht zum Ziel.